



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europäische Asylpolitik
Az.: 009-2, 103-5, 042-55/wi
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

2. Juli 2018

Rundschreiben Nr. 323/2018

Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates am 28. Juni 2018

**Bezug: Unsere Rundschreiben Nrn. 233/2016 vom 18. Mai 2016
068/2017 vom 8. Februar 2017
289/2018 vom 18. Juni 2018**

Kurzfassung:

Die Staats- und Regierungschefs haben sich nach intensiven Diskussionen auf ihrem Brüsseler Gipfel auf gemeinsame Schlussfolgerungen und neue, begrüßenswerte Maßnahmen insbesondere im Bereich der Migration geeinigt. Im Vordergrund steht dabei die Einrichtung von Aufnahmezentren in den EU-Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis, aus denen gerettete Bootsflüchtlinge auf andere EU-Staaten umverteilt werden. Welche Mitgliedstaaten sich dazu bereit erklären, ist noch offen. Daneben sollen in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten Plattformen für gerettete Menschen außerhalb der EU eingerichtet werden. Schließlich ist ein verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen durch eine Mittelaufstockung sowie ein erweitertes Mandat für Frontex vereinbart worden.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich in der Nacht vom 28. Juni auf den 29. Juni 2018 auf gemeinsame Schlussfolgerungen geeinigt (**Anlage**). Darin haben sie sich insbesondere auf die Einrichtung von sogenannten kontrollierten Zentren im Gebiet der EU verständigt, die die Mitgliedstaaten auf rein freiwilliger Basis einrichten. In diesen Zentren soll mit Unterstützung der EU gewährleistet werden, dass rasch und gesichert zwischen irregulären zurückzuführenden Migranten und Personen, die internationalen Schutz benötigen, unterschieden wird. Von diesen Zentren sollen die Migranten auf andere Mitgliedstaaten, die sich dazu bereit erklären, umverteilt werden. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen Zentren, einschließlich der Umsiedlung und der Neuansiedlung, sollen unbeschadet der Dublin-Reform auf freiwilliger Basis erfolgen.

Mit dem Ziel der endgültigen Zerschlagung des Geschäftsmodells von Schleusern sprechen sich die Staats- und Regierungschefs daneben für einen neuen Ansatz gegenüber den betreffenden Drittstaaten aus. Rat und Kommission werden hierzu

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den Drittländern sowie dem UNHCR und der IOM ein Konzept sogenannter regionaler Ausschiffungsplattformen für Menschen, die durch Rettungseinsätze gerettet werden, vorzulegen. Mit diesen in den afrikanischen Staaten anzusiedelnden Lagern soll eine Sogwirkung für illegale Migranten, sich auf den Weg nach Europa zu machen, vermieden werden.

Im Sinne einer als neu bezeichneten Partnerschaft mit Afrika sollen zudem die Entwicklungsfinanzierung sowie private Investitionen von Afrikanern und Europäern vor Ort substanziell erhöht werden. Diese sollen auf die Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Innovation, gute Regierungsführung sowie die Stärkung der Position der Frau in der Gesellschaft abzielen.

Für eine wirksamere Kontrolle der EU-Außengrenzen sowie eine effektivere Rückführung irregulärer Migranten soll Frontex ein erweitertes Mandat sowie aufzustockende Mittel erhalten. Der Europäische Rat kündigt zudem neue Gesetzgebungsvorschläge der Kommission für eine effizientere und kohärentere europäische Rückkehrpolitik an.

Im Zusammenhang mit dem kommenden mehrjährigen Finanzrahmen sollen der Fonds für die innere Sicherheit, der Fonds für Integriertes Grenzmanagement und der Asyl- und Migrationsfonds flexibler zur Bekämpfung der illegalen Migration eingesetzt werden können und spezielle Komponenten für das Management der externen Migration enthalten.

Die EU-Staaten einigten sich auch auf die Auszahlung der zweiten Tranche der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei. Außerdem sollen 500 Mio. Euro von der Reserve des 11. Europäischen Entwicklungsfonds auf den EU-Treuhandfonds für Afrika übertragen werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs forderten gleichzeitig von Ankara stärkere Anstrengungen, um einen Wiederanstieg der Flüchtlingszahlen auf der östlichen Mittelmeerroute zu verhindern.

Um der sogenannten Sekundärmigration von Asylbewerbern zwischen Mitgliedstaaten entgegenzuwirken, setzen die Staats- und Regierungschefs lediglich auf die nötigen nationalen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und deren enger Zusammenarbeit. Mit Blick auf die Reform für das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) wird betont, dass neben den fünf nahezu abgeschlossen Dossiers der erforderliche Konsens zur Dublin-Verordnung und der Asylverfahrensverordnung weiterhin aussteht. Es müsse rasch eine Lösung für das gesamte Paket gefunden werden, der Rat solle seine Arbeit hierzu fortsetzen und so bald wie möglich abschließen.

Zum Thema Digitalisierung sprachen sich die Staats- und Regierungschefs dafür aus, die Beratungen zu den europäischen Legislativvorschlägen noch vor Ende der Legislaturperiode abzuschließen. Dies betrifft insbesondere die Vorschläge zum Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (z. B. den Vorschlag zur Änderung der

Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, sog. "PSI-Richtlinie"). Zur Datenschutzgrundverordnung wird die Notwendigkeit einer verhältnismäßigen Durchsetzung betont.

Bewertung

Eine Einigung der Staats- und Regierungschefs zu den drängenden Fragen der Migration war bis zum Schluss ungewiss. Mit der Einrichtung von Aufnahmezentren in der EU und anschließender Umverteilung auf freiwilliger Basis sowie der Errichtung von Anlandezentren außerhalb der EU sind nunmehr neue Maßnahmen vereinbart worden. Dennoch ist derzeit noch unklar, welche Mitgliedstaaten sich zu der freiwilligen Umverteilung bereit erklären. Ob die afrikanischen Staaten der Einrichtung von Anlandezentren zustimmen werden, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Die Maßnahme der Aufnahmezentren in der EU entspricht dem Prinzip der Einrichtung von Transitzonen an der Grenze, für die sich der Deutsche Landkreistag (DLT) auf nationaler Ebene seit langem einsetzt. Den wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen hat das DLT-Präsidium ebenso wie den zügigen Abschluss der Dublin-Reform zuletzt am 11. April 2018 erneut eingefordert.



Theel

Anlage